



Wer rettet wen in Irland?

Deutschland zahlt für die Finanzmisere auf der Insel? Stimmt nicht, sagen die Iren: Wir zahlen für eure Spekulanten und eure Banken.

Eine Abrechnung

Von Jochen Bittner und Derek Scally



Anbei schicke ich Ihnen die bearbeitete Version des Artikels von Derek und mir für das Irland-Journal. Ich habe, gerade am Anfang, noch etwas Dubliner Lokalkolorit eingearbeitet, im wahrsten Sinn des Wortes. Ich hab das übrigens gern gemacht, Ihr Magazin ist nämlich mit Schuld an meiner Hibernophilie.
Jochen Bittner



Wer die irische Depression leibhaftig erleben wollte in ihren schlimmsten Tagen, der musste im Spätsommer 2009 abends in Reilleys Pub in der Dubliner Merrion Row sitzen. Und darauf warten, dass die Männer in den Anzügen hereinkamen. Reilleys Pub, eine dunkel gestrichene Eckkneipe im Dubliner Regierungsviertel, war und ist der after work-Treffpunkt der Beamten aus dem nahegelegenen Finanzministerium. Die Stimmung in diesen Spätsommertagen ähnelt der auf einem Schiff, das langsam vollläuft. „Vielleicht“, sagt ein erschöpfter Finanzbeamte, der mit gelockerter Krawatte abends um zehn über seinem ersten Glas Guinness sitzt, „sollten wir den Abstand Irlands zu Island nicht mehr in Meilen messen, sondern in Wochen.“

Der Finanzcrash ist absehbar – kann er sich noch verhindern lassen?

Auf Booten, da gibt es ein Werkzeug namens Not-Axt. Es kommt zum Einsatz, wenn das Boot leckschlägt. Mit der Not-Axt wird dann die Schiffseinrichtung kurz und klein gehackt, Tische, Schränke, Kojen werden geopfert – womit auch immer das Loch sich abdichten lässt. Hauptsache, das Boot bleibt über Wasser. Auch Staaten, das sollte die Finanzkrise lehren, besitzen eine Not-Axt. In Irland sollte sie zum Einsatz kommen, vor viereinhalb Jahren.

Merrion Row, ein paar Meter weiter östlich von Reilleys Pub, am frühen Abend des 29. September 2008.

Im Büro von Ministerpräsident Brian Cowen versammeln sich der Finanz- und der Justizminister, der Gouverneur der Zentralbank, der Regierungssprecher und ein halbes Dutzend Berater. Die Männer, heißt es später, seien panisch gewesen. Die Runde fürchtet, dass die gesamte Volkswirtschaft der Insel absaufen könnte, wenn am nächsten Tag die Banken und Börsen öffnen. Würden nicht noch in der Nacht entschiedene Maßnahmen ergriffen, könne es dem Staate Irland ergehen wie zuvor der Pleiteinsel Island – das Menetekel ist die vor wenigen Tagen zusammengebrochene US-Bank Lehman Brothers: ein plötzlicher Vertrauensverlust, gefolgt vom Abzug sämtlicher Geldreserven. Dasselbe droht, nach allen Datenkurven, jetzt Irland. Schon am nächsten Vormittag, fürchten die Politiker, könnte ein *bank run* einsetzen, ein Ansturm von Millionen Sparern, die alle ihr Geld ausbezahlt bekommen

wollen. »Es ging darum, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten«, sagt ein Insider rückblickend.

Um 18.37 Uhr schickt ein ranghoher Finanzbeamter eine hektisch getippte Mail an die US-Bank Merrill Lynch. Erst wenige Tage zuvor hatte die Regierung ein Team von deren Investmentexperten als Notfall-Berater angeheuert. »Bin in Meeting mit Premierminister«, steht in der Betreffzeile, »brauche so schnell wie möglich Übersicht über Für und Wider einer Garantie.« Der Beamte meint eine Staatsgarantie, ein umfassendes Versprechen, dass die Regierung für sämtliche Verluste der irischen Banken einstehen werde. Es ist die Not-Axt. Und das Inventar, an das sie angesetzt wird, ist das öffentliche Vermögen.

Für wen genau haben die Iren eigentlich ihr nationales Inventar geopfert? Die gängige Version der Euro-Rettung besagt, dass Deutschlands Steuerzahler Nationen aus der Patsche helfen, die ihre Finanzprobleme nicht mehr in den Griff bekommen. Doch Irland ist nicht Griechenland und auch nicht Zypern. Seine Misere entstammt nicht der Miswirtschaft oder der dubiosen Finanzpolitik eines einzelnen Landes. Wer nachforscht, wer die Schuld trägt am irischen Crash, und wessen Euros wann wohin geflossen sind, der fragt sich ganz neu, wer eigentlich Retter ist und wer Geretteter.

Was das Krisenkabinett in der Nacht auf den 30. September 2008 beschlossen habe, sagt der stellvertretende irische Finanzminister Brian Hay heute, sei ein »schrecklicher Fehler« gewesen – aber wer konnte das damals schon wissen? Rund um die Welt hatte der Lehman-Schock Investoren und Sparer in helle Angst versetzt. Viele von ihnen, das wurde mit einem Schlag allen klar, hatten auf Luft gewettet und würden ihr Geld verlieren. Die weltweiten Spekulationsgeschäfte hatten schlichtweg absurde Dimensionen angenommen. All die akrobatisch konstruierten Schuldverschreibungen und Derivate, die rund um den Globus kreisten, hatten damals ein Volumen von rund 600 Billionen Dollar erreicht. Das Weltinlandsprodukt, also der tatsächliche Wert aller handelbaren Güter, lag bei einem Zehntel davon, bei 60 Billionen Dollar. Ausgerechnet das kleine Irland hatte besonders viele dieser spekulativen Investmentformen durch verführerisch niedrige Steuern auf Kapitalerträge angelockt. »Alle wollten hin«, sagt ein ehemaliges Vorstandsmitglied der



Die **irischen Bürger** kommen für Verluste auf ...





Deutschen Bank. »Nach dem EU- und Euro-Beitritt wurde das Standing des Landes immer besser.« Die irische Regierung hielt die Insel für die beste aller Finanzwelten, mit einem Regelwerk, das die Vorteile europäischer, amerikanischer und asiatischer Vorschriften vereinte. Selbstbewusst vermarkteten die Iren die Ära des »keltischen Tigers«. Und die Banker, auch und vor allem die deutschen, gaben ihm Futter.

Keine Frage, die Hauptschuld an ihrem Schuldendesaster tragen die Iren selbst. Zu viele von ihnen haben sich vom vermeintlich endlosen Aufschwung blenden lassen und sich viel zu viel Geld für viel zu viele Häuser, Autos und Urlaubsreisen geliehen. Dieses Geld allerdings haben die irischen Banken nicht etwa selbst gedruckt. Die Milliarden, die sie so verschwenderisch verteilten, haben sie sich vielmehr ihrerseits bei ausländischen Banken geliehen. Diese Banken und ihre Kunden haben mitverdient am falschen Optimismus der Iren.

Um 18.43 Uhr, sechs Minuten nach der Anfrage aus dem Krisenkabinet, kommt die Antwort-Mail von Merrill Lynch. »Wichtig ist es jetzt«, steht darin, »die Interessen der Bankkunden zu schützen, um eine Massenpanik zu verhindern.« Am wirksamsten sei eine staatliche Garantie für deren Einlagen. Allerdings dürfe sie, um Glaubwürdigkeit zu entfalten, nicht auf irische Gut-

haben beschränkt bleiben. Sie müsse sich auf sämtliche Gläubiger und Anleihehalter der Banken erstrecken, also auch auf ausländische Investoren. Dies hätte »aus Marktperspektive die größte Wirkung«.

Spät in der Nacht machen die Minister im Dubliner Regierungsgebäude sich diesen Vorschlag zu eigen – auch um zu verhindern, dass andere europäische Banken mit in den Strudel gerissen werden. »Mit sofortiger Wirkung«, gibt Ministerpräsident Brian Cowen am nächsten Morgen bekannt, dass eine staatliche Garantie für Spareinlagen, Anleihen und Schuldverschreibungen aller Art gelte, die in irischen Banken lagern. Die Garantiesumme beläuft sich auf fast 400 Milliarden Euro, 142 Milliarden davon decken die Einlagen ausländischer Investitionen ab. Buchstäblich über Nacht explodierte die irische Staatsverschuldung.

Diese Entscheidung stürzt Irland in die schlimmste Verschuldung seiner Geschichte. 64 Milliarden Euro lassen sich die Iren die Rettung ihres Bankensektors letztlich kosten. Um den Staats-

haushalt wieder auszugleichen, verordnete die Regierung den Bürgern höhere Steuern und niedrigere Löhne. Bis 2030, hat eine Bürgerkampagne für »Schuldengerechtigkeit« errechnet, werden 30 Prozent des irischen Wirtschaftsprodukts in die Tilgung der Bankenrettung fließen. Die irische Bevölkerung kommt also noch viele Jahre lang für die Verluste von Banken, ihren Geldgebern und Aktionären auf. Für Verluste, die eigentlich jeder selbst tragen sollte, der mit seinem Geld spekuliert.

Heute, nachdem die akute Notsituation überwunden und das Schiff stabilisiert ist, stellen immer mehr irische Politiker die Frage, wie gerecht diese Art der Eurorettung eigentlich ist. Noch vor der Bundestagswahl, fordern mehr und mehr Verantwortliche auf der Insel, müsse man darüber reden, dass nicht Deutschland die Iren rausgehauen habe, sondern die Iren die deutschen Banken. »Die Steuerzahler einzelner Mitgliedsstaaten dürfen nicht mit der Last des europäischen Finanzsystems allein gelassen werden«, stellt pünktlich zu Beginn der irischen EU-Ratspräsidentschaft im Januar der stellvertretende Ministerpräsident Eamon Gilmore klar. »Wo ein Finanzinstitut ein Risiko für ganz Europa darstellt, muss Europa sich auch als Ganzes mit den Auswirkungen beschäftigen.«



Deutsche Auslandsinvestitionen in Irland:
2003 = 39 Mrd. Euro || 2008 = 135 Mrd. Euro

Irische Banken vergeben Kredite an private Bauherren, die glauben, ihre Häuser stiegen im Wert. Tatsächlich steigen nur die Preise. Eine **Blase** entsteht.

Stephen Donnelly, ein unabhängiger Parlamentsabgeordneter aus dem County Wicklow, vermutet, dass ein großer Teil der Not leidenden Einlagen bei irischen Geldhäusern von deutschen Banken stammte. Er fordert den deutschen Finanzminister deshalb auf, eine Liste mit den deutschen Bankbeteiligungen in Irland herauszurücken. Dann könne jeder nachvollziehen, welche Banken von der Garantie profitierten. Das Bundesfinanzministerium erwidert, ihm lägen »keine entsprechenden detaillierten Zahlen vor«. Auf Anfrage erklärt Wolfgang Schäuble lediglich dies: »Wir müssen alles tun, dass das Vertrauen, was Irland gerade wiedergewonnen hat, nicht wieder verloren geht. Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass das Programm, so wie gemeinsam vereinbart, erfolgreich umgesetzt wird.«

»Herr Schäuble hat sehr eigenartige Ansichten«, fasst Donnelly das für sich zusammen. »Er spricht sich im Grunde dafür aus, dass Irland die Verluste deutscher Banken tragen soll.«

Es geht um mehr als nur um einen finanziellen Ausgleich. Wenn es stimmt, dass deutsche Banken sich im großen Stil im risikoreichen irischen Markt engagiert haben, wären die Rettungsmilliarden, die die Iren aufbringen müssen,

auch in politischer Hinsicht ungerecht. Denn die Risikofreude der deutschen Banken auf dem Weltmarkt war politisch gewollt. Unter anderem vom ehemaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Dem Beinahe-Kollaps des europäischen Bankensystems ging eine Ideologie voraus, der Mitte der 2000er Jahre auch die Große Koalition in Berlin erlegen war: Die Globalisierung biete gigantische Chancen, man müsse den Bankern bloß die Freiheit lassen, sie zu nutzen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Henrik Enderlein glaubt, dass die damalige Bundesregierung die großen Privatbanken regelrecht ins Risiko getrieben habe. »Die Anreizstrukturen für die Banken waren darauf angelegt, sich mit hohen Risiken zu belegen«, sagt der Ökonom. Bis in die 2000er Jahre sei das deutsche Bankensystem eines der am wenigsten profitablen der industriellen Welt gewesen. Dies wollten Politiker und Banker ändern. Großinstitute wie die Deutsche Bank hätten zudem immer darauf vertrauen können, dass sie *too big to fail* seien, glaubt Henrik Enderlein. »Für die Banker war immer klar: Die Regierung würde private deutsche Großbanken niemals pleitegehen lassen. Es gab eine implizite Haftungsgarantie für sie.« Im Grunde, so Enderlein, sei das so gewesen, »als würden Sie einem Spieler Millionenkredite ge-

ben und ihn damit ins Kasino schicken«. Zum Beispiel nach Irland.

Der britische Blogger Paul Staines veröffentlichte 2010 eine Liste von Banken, die im September 2008 irische Bankanleihen hielten. Die meisten von ihnen stammten aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Eine offizielle Bestätigung ist allerdings nicht zu bekommen, weder von der Irischen Zentralbank noch von der deutschen Bankenaufsicht. Begründung: »Geschäftsgeheimnis«. Die Deutsche Bank teilt auf Anfrage lediglich mit, die meisten ihrer irischen Einlagen seien »mit werthaltigen Sicherheiten unterlegt« gewesen. Welche Sicherheiten das gewesen sein sollen, darüber gibt sie keine Auskunft. Es ist schon seltsam: Jedes Steak, jede Sojasprosse lässt sich in Europa zum jeweiligen Erzeuger zurückverfolgen. Milliarden schwere Investitionen können ohne Herkunfts- oder Qualitätsnachweis verschoben werden. »Wahrscheinlich«, sagt John Fitzgerald vom angesehenen Economic and Social Research Institute (ESRI) in Dublin, »war der deutsche Anteil an der Summe, die der irische Staat am 29. September 2008 garantiert hat, beträchtlich.« Es habe



2008 platzt die Immobilienblase.





aber offenbar wirklich niemand aufgeschrieben, wer die Gläubiger waren. „Das hat einfach niemanden interessiert“, sagt Fitzgerald und zuckt mit den Achseln. „Es ging damals einfach darum, einen Zusammenbruch zu verhindern.“ Auch Michael Somers weiß nicht genau, für wen die Iren bis heute bürgen. Somers war damals Chef des irischen Schatzamtes, der Behörde also, die dafür sorgte, dass es genug Investoren für irische Staatsanleihen gab. Alles, was er weiß, ist, dass er „am liebsten“ Geschäfte mit deutschen und japanischen Banken gemacht habe. Warum mit den Deutschen? „Die mochten uns! Sie vertrauten den Iren. Wir kamen einfach gut klar miteinander.“

Brigid Laffan, Professorin am Dublin University College, ist eine der profiliertesten Europa-Expertinnen Irlands. Sie hat die Geschichte der irischen Krise und der Bankenrettung lückenlos mitverfolgt und analysiert. Zu Beginn des Gespräches legt sie eine Grafik mit einer steil ansteigenden Kurve auf den Tisch. Es sind Zahlen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich; sie zeigen den Anstieg der Risikoinvestments deutscher Banken in europäischen Peripherie-Staaten. „Hier“, sagt Brigid Laffan und tippt mit dem Finger auf den Scheitelpunkt im März 2008, „gab es diesen enormen Anstieg.“ Rund 900

Milliarden Euro waren damals im EU-Ausland geparkt. In Irland verlief dieser Anstieg laut Zahlen der Bundesbank besonders rasant. „Die Deutsche Bank hat viel Geld aus ihren Geschäften hier gezogen“, sagt Brigid Laffan. „Aber sie hat nie nach den Risiken gefragt.“ Laffan führt laufend Gespräche in Dubliner Regierungskreisen. „Ich höre dort ständig, dass Merckels Rettungserzählung falsch ist“, berichtet sie. Versagt habe, so Laffan, ja nicht zuletzt die Europäische Zentralbank (EZB) in ihrer Wächterfunktion. Sie hätte eigentlich erkennen müssen, dass Irland, ja ganz Europa, mit viel zu viel Geld überschwemmt wurden.

Wir wollen den Mann befragen, der über die Ströme der Euros am besten Bescheid wissen müsste: Jörg Asmussen. Die Laufbahn des erst 46-jährigen Finanzbeamten verlief ähnlich steil wie manch eine Renditekurve der vergangenen zehn Jahre. 2003, unter der rot-grünen Regierung, übernahm Asmussen im Bundesfinanzministerium die Leitung der Abteilung für internationale Finanzmarktpolitik. 2006, inzwischen

regierte die Große Koalition, verfasste der SPD-Mann nicht nur den Aufruf an die Banken, sich stärker im Verbriefungsmarkt zu engagieren; auch die entsprechenden Passagen im schwarz-roten Koalitionsvertrag von 2005 entstanden unter seiner Ägide. »Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden«, steht dort. Die Finanzmarktaufsicht solle die »bestehenden Aufsichtsstandards mit Augenmaß« anwenden. Gesetze und Regulierungen seien darauf zu überprüfen, ob sie »noch erforderlich sind«.

Nach dem Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb 2009 behielt Wolfgang Schäuble (CDU) Asmussen als Staatssekretär im Ministerium. Zum 1. Januar 2012 wurde er noch einmal befördert: zum Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB).

Asmussen wolle, teilt seine Sprecherin mit, über seine früheren Tätigkeiten heute nicht mehr sprechen. Das ist, angesichts der Schlüsselpositionen, die er in den Krisenjahren bekleidete, eine bemerkenswert bequeme Reaktion. Wir begegnen Asmussen dennoch, bei einem Vortrag in Berlin. Was würde der Jörg Asmussen von 2013 dem Jörg Asmussen von 2003 raten? Antwort: »Mit dem Wissen von heute würden wir gewisse Dinge, die man damals gemacht hat, nicht wiederholen. Das gilt für Po-



Der Staat springt ein.

Irland übernimmt Garantien für die Bankeinlagen in Höhe von fast 400 Mrd. Euro.

Irlands Staatsschulden explodieren ...

litiker, Beamte, Wissenschaftler und Journalisten. Wir alle haben in dieser Krise Lehrgeld gezahlt.«

Richtig ist, dass die Bankenimplosion 2008 auch Deutschland viel Geld gekostet hat. Die Bundesregierung musste 2009 unter anderem die Hypo Real Estate Holding verstaatlichen, was bisher etwa 35 Milliarden Euro gekostet hat. Deren Tochter Depfa hatte die lasche irische Bankenaufsicht genutzt, um mit Zinswetten auf der ganzen Welt Milliarden zu verdienen – bis mit dem Lehman-Crash der Geldstrom abbriss.

Allerdings hat niemand auf die Bundesregierung Druck ausgeübt, das deutsche Staatsvermögen zum Wohle des europäischen Bankenwesens einzusetzen. »Es stimmt ja, die irische Bankenaufsicht war mangelhaft«, sagt der irische Arbeitsminister Richard Bruton heute. »Aber zu jeder Transaktion gehören zwei. Diejenigen, die die Expansion der irischen Banken unterstützten, haben das mit offenen Augen getan. Unsere Sicht ist, dass Irland ein Opfer

für Europa gebracht hat. Deshalb möchten wir, dass noch einmal über das Rettungsprogramm gesprochen wird.« Peer Steinbrück möchte das nicht. Er wolle sich nicht äußern, lässt der frühere Finanzminister und heutige Kanzlerkandidat der SPD ausrichten, weder zu seinem eigenen Beitrag zur Krise noch zur wachsenden Kritik aus Irland. Sicher: Auch die Iren haben in den Boom-Jahren das Augenmaß verloren. Dublin ist voller Geschichten von Krankenschwestern, Busfahrern und jungen Akademikern, die sich damals zu horrenden Preisen Häuser kauften. Häuser, deren Marktwert seither ebenso gefallen ist, wie die Einkommen ihrer Besitzer schrumpften. All diese Krankenschwestern, Busfahrer und Akademiker fragen sich, wie sie ihre Hypotheken jemals abtragen sollen, ob sie jemals wieder Urlaub machen können. Ist es fair, dass die deutschen Anleger, die das Geld auf die Insel brachten, mit ihren Renditen davonkommen? Wie wurde eigentlich das Geld aus den deutschen Lebens- und privaten Rentenversicherungen angelegt? Und auf wessen Kosten werden sie nun gestützt? Die 1,8 Millionen Arbeitnehmer Irlands, klagt Paul Sweeney, Volkswirt beim Irischen Gewerkschaftsverband, bekämen nichts dafür zurück, dass sie Europas Finanz-

sektor stabilisierten, »nicht eine Schule, nicht einen Lehrer, nicht mal ein Krankenhausbett. Ein solcher Deal mag die EZB und die EU befriedigen, aber er unterminiert den Respekt vor der Demokratie.«

Wie erklärt man das alles also dem irischen Busfahrer und der irischen Krankenschwester, fragen wir einen irischen Politiker, der 2008, als die Bankengarantie erging, an entscheidender Stelle im Finanzministerium in der Merrion Row saß.

Der Mann schweigt eine Weile. „Tja“, sagt er dann, „ich denke, wir wollen, dass die deutschen Banken hierher zurückkommen.“

Das tun sie allerdings nicht im erhofften Ausmaß. Selbst für ihre Risiken bürgen müssen, das ist für deutsche Banker offenbar wenig attraktiv geworden.

Dieser Text ist eine für das irland journal überarbeitete Version des Artikels „Die Spieler und die Dealer“ aus der ZEIT vom 27. März 2013. Er fußt auf einer gemeinsamen Recherche der ZEIT und der IRISH TIMES.

*Die Bankengarantie reißt ein Loch in den irischen Staatshaushalt. Irland bekommt ein **85-Mrd.-Euro-Hilfspaket** von der EU und von IWF. Um die Schulden zurückzahlen zu können, verordnet die Regierung dem Land eine harte Sparpolitik.*

Die Staatsverschuldung (in % des BIP) steigt: von 30% (2004) auf 106% (2011).



Die Folgen der Sparpolitik: Steuererhöhung, Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Kürzung von Sozialleistungen, Lohnkürzungen

Überforderte Schuldner: Der irische Bürger muss trotz Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise weiterhin die Forderung der Banken bedienen.

